

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

Einschreiben

Bundesamt für Polizei
Stab Rechtsdienst/Datenschutz
Nussbaumstrasse 29
3003 Bern

12. August 2015

Verordnung des Bundesrates über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Prostitution; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 17. Juni 2015 sind die Kantone eingeladen worden, zu oben erwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die Verordnung über Massnahmen zur Verhütung von Straftaten im Zusammenhang mit Prostitution soll es dem Bund (Bundesamt für Polizei) ermöglichen, Finanzhilfen zur Prävention von Kriminalität im Zusammenhang mit Prostitution auszurichten. Mit der neuen Verordnung soll generell das deliktische Einwirken aus jeglicher Richtung auf die Prostituierten bekämpft werden. Konkret erhält das Bundesamt für Polizei die Möglichkeit, Präventionsprojekte externer Organisationen finanziell zu unterstützen.

Die finanzielle Unterstützung von Präventionsmassnahmen im Zusammenhang mit Prostitution sowie die damit zusammenhängende Bekämpfung aller Formen der Zwangs- und der Gewaltanwendung, des Wuchers, der Ausnützung einer Notlage und der Verbreitung gefährlicher übertragbarer Krankheiten wird ausdrücklich begrüsst.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann
Landammann

Dr. Peter Grünenfelder
Staatsschreiber

Kopie

- lydia.lazar-koehli@fedpol.admin.ch